Aktionszeitung für eine ökosozialistische Verkehrswende Nr. 3 erschienen!

Hier geht es zum pdf der Aktionzeitung Nr. 3: aktions-z03_01-04

aktionszeitung

Nr. 3 September 2025

für eine Verkehrsindustrie mit Zukunft



Jobs nicht auf Krieg aufbauen

Gegen Kriegsprofiteure und Militarisierung

Krieg ist ein schmutziges Geschäft. Das zeigt die Aussage von Friedrich Merz, die israelische Armee würde mit ihrer Bombardierung Irans die „Drecksarbeit für uns" erledigen. Krieg wird nicht gern Krieg genannt. Da ist lieber von Sonderoperation, Verteidigung oder bewaffnetem Konflikt die Rede.
In den NATO-Kriegen gegen Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien und Afghanistan wurden die enormen Verluste der Zivilbevölkerung hinter dem Begriff „Präzisionsschlag" versteckt. Terrorregime sollten ausgeschaltet werden. In Deutschland wurde die Beteiligung an diesen Kriegen als „internationales Krisenmanagement" bezeichnet. Doch die Zurückhaltung wird zusehends aufgegeben.

Auf dem Marsch in die Kriegswirtschaft. Die Maßnahmen 2024 zur Aufrüstung der EU bezeichnete der damalige EU-Kommissar Thierry Breton als Schritt zum Aufbau einer europäischen „Kriegswirtschaft". Der Präsident des Ifo-Wirtschaftsinstituts, Clemens Fuest, spricht von „Kanonen statt Butter"– eine Parole, mit der schon die Nazis die Unterjochung ziviler Bereiche unter den Kriegszweck vorantrieben. Seit 2022 gibt es kaum eine Talkshow oder eine Rede kriegsbegeisterter Politiker:innen, in der nicht die Forderung erhoben wird, alle müssten „kriegstüchtig" werden. Mit dem „Arbeitssicherstellungsgesetz" wird jetzt in Manövern, in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur, auch die Möglichkeit von Arbeitspflicht und Arbeitszwang geprobt.
Die „regelbasierte Ordnung" wird nicht nur von östlichen oder südlichen Autokraten über Bord geworfen. Wo bleibt das Völkerrecht, wenn CDU-Außenminister Wadephul diese Ordnung in Anbetracht von Israels Angriff auf den Iran für „keinen sinnvollen Gradmesser der Beurteilung" hält?

Waffen, die produziert werden, wollen eingesetzt werden. Ein Staat, der so massiv aufrüstet, wird früher oder später auch Kriegspartei sein. Aktuell konzentriert sich die deutsche Politik noch auf Waffenlieferungen in Kriegsgebiete – trotz Hungertod in Gaza auch nach Israel!
Doch die Schleusen für die Wiederbelebung des deutschen Militarismus wurden weit geöffnet: unbegrenzte Verschuldung, Ankurbelung der Kriegsproduktion bis zu 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (216 Milliarden Euro pro Jahr), kriegstaugliche Straßen, Krankenhäuser, Sportanlagen und Schulen, Wiedereinsetzung der Wehrpflicht – das alles tut man, wenn man Krieg führen will, und diese Kriege kommen dann auch zu uns.

Die Frage drängt: Nehmen wir es hin, dass wir alle kriegstüchtig gemacht werden, statt Butter nur Kanonen bekommen, unsere Mitmenschen abgeschoben werden, Errungenschaften des feministischen Kampfes Stück für Stück abgebaut werden und die kapitalistische Herrschaft immer autoritärer wird? Oder schaffen wir es als breite, internationale und antimilitaristische Bewegung, eine Perspektive gegen die Militarisierung aufzuzeigen?

Lasst uns gemeinsam den Aufbau der Kriegswirtschaft sabotieren! Verweigern wir uns der Kriegsproduktion und der Konversion der Industriebetriebe zu Rüstungsschmieden! Nehmen wir uns ein Beispiel am autonomen Hafenarbeiterkollektiv „Collettivo Autonomo Lavoratori Portuali (CALP)" in Genua, das mit Streiks und der Weigerung, Rüstungsgüter zu verladen, gezeigt hat, wie Antimilitarismus und Solidarität praktisch umgesetzt werden können. Oder an den Arbeiter:innen, die sich nicht nur gegen den kriegstauglichen Umbau der Industrie, sondern auch gegen die Militarisierung von Krankenhäusern und öffentlichen Verkehrsmitteln sowie gegen die Werbung für den Krieg an Schulen und Hochschulen wehren.

Keinen Mann, keine Frau und keinen Cent für den Krieg!
Das Bündnis „Rheinmetall Entwaffnen" veranstaltet seit 2018 Camps und Aktionen gegen die deutsche Rüstungsindustrie – dieses Jahr Ende August in Köln. Denn in Köln und im Ruhrgebiet haben nicht nur die großen Konzerne der Rüstungsindustrie wie Rheinmetall und Thyssen-Krupp ihren Ursprung und Sitz, auch die antimilitaristische Bewegung kann hier auf eine Geschichte zurückgreifen – die Edelweißpiraten, die Kämpfe gegen Wiederaufrüstung nach dem Zweiten Weltkrieg, die Kämpfe gegen die atomare Bewaffnung.
Die Kölner Polizei hat versucht, das Camp zu verbieten. Wir sagen: Jetzt erst recht:
Krieg dem Krieg!
Rheinmetall entwaffnen!

https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/

Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Bundesregierung und Arbeitgeber wollen zum 12-Stunden-Tag zurück. Aber unsere Zeit ist unser Leben – jeden Tag. Bis zur Erschöpfung arbeiten oder einigermaßen gut leben mit und in unseren Familien – das ist die Alternative.
Vor allem Frauen werden Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit genommen oder nur schlecht bezahlte Minijobs angeboten, weil Kindergärten fehlen. Nirgends in Europa arbeiten so viele Frauen in meist unfreiwilliger Teilzeit.
Wegducken geht nicht, wenn der 8-Stunden-Tag angegriffen wird. Betriebsräte und Gewerkschaften suchen nach Lösungen, damit niemand abstürzt: Die Wochenarbeitszeit der Beschäftigten an der Uniklinik Mainz wird um 3,5 auf 35 Stunden verkürzt – bei gleichem Lohn. Bei einem großen Autozulieferer in Friedrichshafen wird die Arbeitszeit temporär reduziert, für rund 2800 Arbeiterinnen und Arbeiter beträgt die wöchentliche Arbeitszeit ab Juni 31,5 Stunden.
Der Kampf um kollektive Arbeitszeitverkürzung ist die Offensive für ein gutes Leben für alle und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur. Durchsetzbar in breiten Allianzen der Gewerkschaften mit den feministischen- und Care-Bewegungen, Sozialverbänden, Umwelt- und Klimabewegung, Wissenschaftler:innen, Kirchen, Mediziner:innen und Sportvereinen.
Attac AG Arbeit*Fair*Teilen

Streik

Sozialtarifvertrag bei Ford

Einen Tag streikten die Ford-Beschäftigten in Köln für einen Sozialtarifvertrag (s. Aktionszeitung Nr.2). Im September sollen sie darüber abstimmen. Die Muttergesellschaft in den USA hat dem nachstehenden Verhandlungsergebnis zugestimmt.
Positiv daran ist vor allem der Insolvenzschutz für alle in Köln geltenden Vereinbarungen bis 2032 und die Abfindungsregelungen.
Negativ ist: Reichen die freiwilligen Ausscheidungen nicht für den Abbau von 2900 Arbeitsplätzen, gibt es ab 2032 betriebsbedingte Kündigungen.
Der Kampf geht aber weiter. Zukunftsfähige Betriebe müssen auf den Teilen des Werksgeländes angesiedelt werden, die schon jetzt leer stehen. Das dürfen keine Rüstungsbetriebe sein!

Hier könnt ihr die Printversion bestellen (auch zum Verteilen!): kontakt@aktionszeitung.de

Zum Nachlesen der bisher erschienenen Nummern der Aktionszeitung:

Aktionszeitung Nr. 1

Aktionszeitung Nr. 2

Es würde uns freuen, wenn Du zum Kreis der Unterstützer:innen dazugehören wolltest. In diesem Fall nenne uns bitte Deinen Namen, Deine Stadt und Deinen Betrieb/ Deine Gewerkschaft/ Deine Initiative.
Die AKTIONSZEITUNG Nr. 3 hat 8 Seiten. In Rechnung gestellt werden Porto & Verpackung. Bitte vermerkt auf eurer Überweisung das Stichwort: „Aktionszeitung“. Bestelladresse: kontakt@aktionszeitung.de oder über das Onlineformular: https://aktionszeitung.de/index.php/bestellungen/

Der Rechnungsbetrag ist zu überweisen auf das KONTO:
Verein für solidarische Perspektiven (VsP e.V.) · Stichwort: Aktionszeitung
IBAN: DE07 3701 0050 0006 0395 04 · BIC: PBNKDEFF
Die AKTIONSZEITUNG wird gefördert von der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt (MundA) und der Jakob Moneta Stiftung.

Spendenaufruf:
Die AKTIONSZEITUNG lebt von der aktivistischen wie materiellen Unterstützung derer, die ihre Ziele teilen. Die Förderung durch die Stiftung deckt nicht alle unsere Unkosten, obwohl die meiste Arbeit ehrenamtlich geleistet wird.
Wenn Du die AKTIONSZEITUNG finanziell unterstützen möchtest, überweise Deine Spende bitte auf das oben genannte Konto mit dem Vermerk: „Spende Aktionszeitung“

V.i.S.d.P. Angela Klein
Verein für solidarische Perspektiven · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln